

POLIZEI REPORT

G 58066
ISSN 1619-0335

Nr. 38

März 2011



**BEZIRKSGRUPPEN POLIZEIZENTRALBEHÖRDEN HESSEN UND
HESS. BEREITSCHAFTSPOLIZEI IN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI,
POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V. UND DER
PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN**

POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen der Bezirksgruppen
Polizeizentralbehörden und Hessische Bereitschaftspolizei der
Gewerkschaft der Polizei und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V.
und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

www.gdp.de/hessen



für die Polizeizentralbehörden Hessen mit HLKA, HMdI, HPA und
PTLV und die Hessische Bereitschaftspolizei, die Wasserschutz-
polizeiabteilung, Polizeihubschrauberstaffel mit den Standorten
in Kassel, Lich, Mühlheim/M., Wiesbaden und Egelsbach und
Polizeireiterstaffel Hessen

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Tel.: (06 11) 9 92 27-0.
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg
Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeits-
arbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Redaktion/Redaktionsanschrift:

GdP BZG Hess. Polizeizentralbehörden
Gerhard Ruppel (Vi.S.d.P.), Heidi Rüdig,
Ralf Humpf, Kathrin Kuhl
Hölderlinstraße 5, 65187 Wiesbaden

GdP BZG Hessische Bereitschaftspolizei
Jens Mohrherr (Vi.S.d.P.)
c/o Friedrich-Ebert-Allee 12,
65185 Wiesbaden

Druck und Verarbeitung:

NK-Vertrieb GmbH, Abt. NK-DRUCK
57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag
enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte
wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffent-
lichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch
auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten;
die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel
werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr
veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das
Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benut-
zung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt
und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen
Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz
vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts
(Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch
ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigen-
werbung untersagt.

Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 1619-0335)

Aus dem Inhalt

Personalversammlung bei der HBP.....	5
Neuer Landesjugend- vorsitzender	9
Tarifverhandlungen	12
Einkommensrunde 2011	13
Rückblick ins Jahr 2005.....	14
Castor 2011	15
Last Exit Afghanistan	17
GdP Senioren	18
Vorsorgevollmacht	19
Angst vor dem Pflegefall.....	21
Beihilfe-Infos.....	21
JHV HLKA.....	22
JHV HPA.....	23
JHV PTLV	23
Seniorentreffen Mühlheim.....	24
Verabschiedungen	25

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



Ralf Humpf

ich hoffe, Ihr hattet einen guten
Start ins neue Jahr, das einiges für
uns parat hält:

Abschluss der Ausstattung mit der
neuen Dienstwaffe, Einführung des
neuen Dienstausweises, Realisie-
rung der Personalmaßnahmen im
Zuge der Stellenbörse II, Umsetzung
der Stellenhebungen, Überarbei-
tung des Versetzungserlasses, Aus-
einandersetzung mit dem 2. Dienst-
rechtsmodernisierungsgesetz, Auf-
nahme der Tarifverhandlungen
und, last but not least, Bewältigung
des Hessentags sowie der Frau-
en-Fußball-Weltmeisterschaft!

Wenn man das Gros der Stim-
men betrachtet, die nach Abschluss
einer längerfristigen Testphase zur

Beschaffung und nunmehr flächen-
deckenden Ausstattung mit der
neuen Dienstwaffe führte, dann
kann man - unabhängig eines
selbstverständlich noch andauern-
den Gewöhnungsprozesses - ein
durchweg positives (Zwischen-) Fa-
zit ziehen. Die Entscheidungsträger
können an diesem Beispiel ermes-
sen und ablesen, wie wichtig es ist,
im Vorfeld von wesentlichen Neue-
rungen verschiedene Meinungen
und Erfahrungswerte einzuholen,
um eine allgemeine Akzeptanz zu
erzielen.

Im krassen Gegensatz dazu steht
allerdings die Einführung des neuen
Dienstausweises. Nach einer eben-
falls langwierigen Vorfeldbefassung
lassen bereits im täglichen Umgang
gewonnene Erfahrungen und nicht
nur darauf basierende Äußerungen
keinen Zweifel daran: Die Sinn- und
Zweckmäßigkeit des neuen Dienst-
ausweises ist mehr als diskussions-
würdig!

Neben der Frage nach der Erfor-
derlichkeit eines neuen Formats, der
je nach Aufgabe/Funktion unter-
schiedlichen Farbgebung und des
in Folge der biometrischen Erforder-
nisse zu konstatierenden Verzichts
auf einen freundlichen Gesichtsaus-
druck der Ausweisinhaberin/des
Ausweisinhabers, den für die uni-
formierten Kolleginnen und Kolle-
gen bei der Lichtbildfertigung vor-
gegebenen, auf den Fotos jedoch
letztendlich nicht festzustellenden
„Dresscode“, wurde folgendes Ziel
eindeutig verfehlt:

Einen neuen Dienstaussweis zu schaffen, der die/den Ausweisinhaber unzweifelhaft als Angehörige/Angehörigen der hessischen Polizei legitimiert!

Vielmehr besitzt der neue Dienstaussweis leider den Charme und den Charakter eines Videothekenausweises. Umso bedauerlicher ist es, wie viele Kolleginnen und Kollegen Zeit, Herzblut und Engagements in den Erarbeitungsprozess eines offenbar von nur einigen wenigen Protagonisten als dringend angezeigten neuen Produkts investierten.

Man darf daher gespannt sein, ob die politischen und polizeilichen Entscheidungsträger den Willen und die Kraft aufbringen, entsprechende Nachbesserungen vorzunehmen. Denn eins darf bei aller Kritik nicht vergessen werden: Eine gänzliche Abkehr dürfte nicht zuletzt aufgrund des Kostenfaktors nahezu ausgeschlossen sein. Es ist allerdings auch nicht der Weisheit letzter Schluss, dass nicht melancholische Gefühle oder traute Erinnerungen beim Großteil der Polizeibeschäftigten zum Behalt des alten Dienstaussweises führen, sondern der Umstand, dass man auch ein als solches von den Bürgerinnen und Bürgern, vom polizeilichen Gegenüber, ebenso wie von Amtsträgern erkennbares Legitimationspapier zusätzlich zu dem neuen Dienstaussweis bei Bedarf noch vorzeigen kann.

An Fahrt aufgenommen hat mit Beginn dieses Jahres die Realisierungsphase der im Zuge der sogenannten Stellenbörse II vorgesehenen Personalmaßnahmen, konnten nun doch eine Vielzahl interessierter Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei in den Polizeibehörden als neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begrüßt werden. Auch hier ging der beabsichtigten Schaffung und personellen Ausgestaltung einer sogenannten Einsatzpolizei ein längerer Entscheidungsfindungsprozess voraus, was angesichts der damit eng verbundenen persönlichen und beruflichen Zukunftsperspektiven der betroffenen Kolleginnen und Kollegen auch dringend angezeigt war. Ob und inwieweit dieser Entscheidungsfin-

dungsprozess einschließlich der Frage der zeitlichen Rückführung von Stellenwertigkeiten schon als abschließend angesehen werden kann oder nicht doch noch weiterer (Nach-) Regulierung bedarf, werden wir wie gewohnt im Sinne aller tangierten Polizeibeschäftigten sowohl personalrätlich als auch gewerkschaftlich kritisch begleiten. Denn eins ist und bleibt für uns Fakt: Der Mensch steht im Mittelpunkt des Interesses!

Gleiches gilt selbstverständlich auch für die seit langem überfällige Überarbeitung des bestehenden Versetzungserlasses. Und an dieser Stelle ist trotz aller in zurückliegender Zeit bewusst oder unbewusst erfolgten Proklamationen schließlich und endlich festzuhalten: Ein Ergebnis ist weder greifbar noch terminlich absehbar! Denn für ein solches „Mammutwerk“ mit weitreichenden Konsequenzen müssen zunächst alle Für und Wider für die Beschäftigten der hessischen Polizei gegeneinander abgewogen und bewertet werden. Ihr könnt Euch daher also gewiss sein, dass von heute auf morgen kein neuer Versetzungserlass vorliegen wird, wir Euch aber über die (Fort-) Entwicklung zeitnah auf dem Laufenden halten werden.

Heiß diskutiert und von uns allen sehnlichst erwartet, ist zudem die Verteilung der Stellenhebungen auf die Polizeibehörden. Zur Erinnerung: Die im Zuge der Dienstrechtsreform zwischen BdK, DPolG und GdP gegründete Kooperation konnte in der Diskussion mit unserem ehemaligen Innenminister und heutigen Ministerpräsidenten Bouffier als Teilerfolg für die Jahre 2011 bis 2013 zumindest 220 Stellenhebungen verbuchen.

Für das aktuelle Jahr sollen 90 Stellenhebungen von der A 10 BBO nach A 11 BBO realisiert werden, ebenso wie vier weitere Stellenhebungen von A 10 BBO nach A 13 BBO. Wie diese Hebungen auf die 11 Polizeibehörden verteilt werden sollen, war zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Polizei-Reports leider noch nicht bekannt. Man muss jedoch kein großer Mathematiker sein, um sagen zu können, dass die Anzahl der Stellenhebungen für die

einzelnen Personalbewirtschafter, sprich: Polizeibehörden, nicht gerade üppig ausfallen wird. Daran werden auch die p.a. für 2012 und 2013 weiteren 50 Stellenhebungen von A 10 BBO nach A 11 BBO und drei von A 10 BBO nach A 13 BBO nichts ändern. Und so sollten sich die politisch Verantwortlichen bei allen Überlegungen, Positionierungen und ausstehenden Entscheidungen zum 2. Dienstrechtsmodernisierungsgesetz, dessen erster Referentenentwurf aktuell in den Behörden, Gremien und Gewerkschaften eingehend beraten wird, ebenso wie beim bevorstehenden Entscheid zur sogenannten Schuldenbremse (ein „Freibrief“ für weitere Einsparungen, vor allem im öffentlichen Dienst?) über eins bewusst sein: Sicherheit kostet Geld!

Es nutzt nichts, wenn man zwar modernste Sachmittel zur Verfügung stellt, am Personalhaushalt jedoch spart! Denn es ist das Personal, das nicht nur die Sachmittel einsetzt bzw. bedient; es ist das Personal, das durch Bereitschaft, Einsatz und persönliches Engagements die hervorragenden Ergebnisse erzielt, die dann als Zeichen eines funktionierenden Staates öffentlich vermarktet werden.

Hessentag und Frauen-Fußball-Weltmeisterschaft sind nur zwei von kommenden Großereignissen, die uns allesamt wieder fordern, und, da bin ich mir sicher, die Leistungsbereitschaft und -fähigkeit aller Polizeibeschäftigten erneut eindrucksvoll unter Beweis stellen wird.

Dies sollte auch bei den am 11. Februar begonnenen Tarifverhandlungen um höhere Einkommen für die Landesbeschäftigten Berücksichtigung finden, bei denen die GdP die Interessen der Beschäftigten der Polizei vertritt.

Ein Plus von 50 Euro beim Sockelbetrag, eine sich anschließende dreiprozentige Tarifierhöhung, eine Laufzeit von 14 Monaten – rückwirkend zum 01. Januar 2011, sowie eine Übertragung des Abschlusses auf die Beamten (vgl. auch Bericht in dieser Ausgabe des Polizei-Reports).

Es hilft nicht wirklich weiter, wenn, wie in den Medien u.a. publiziert, Innenminister Rhein geäußert habe, dass dies 350 Millionen kosten würde, was sich das Land nicht leisten

könne, die Landesregierung selbst jedoch keine konkrete Offerte vorgelegt habe.

Die Tarifverhandlungen werden also nicht zuletzt zeigen: Was ist der

Landesregierung die Sicherheit wert?

Euer

Ralf Humpf

Innenminister Boris Rhein stärkt die Bereitschaftspolizei

Nur wenige Plätze der mit 660 Plätzen bestuhnten Fernwaldhalle waren leer geblieben. Mehr als 600 Beschäftigte des HBPP waren der Einladung des Personalrates gefolgt, um Minister Boris Rhein bei seiner Teilnahme an der Personalversammlung zu hören. Viele waren gespannt, welchen Stellenwert die Bereitschaftspolizei nach der Neustrukturierung beim Innenminister künftig haben wird.

Neben dem Innenminister und seiner Büroleiterin Karin Müller begrüßte der Personalratsvorsitzende auch den LPP, Udo Münch, den Präsidenten Hans Langecker, den Vorsitzenden des Hauptpersonalrates der Polizei, Jens Mohrherr sowie die Führungskräfte des Präsidialstabes, die Sachgebietsleiter, alle anwesenden Leiter und Stellvertreter der künftigen Direktionen der I., II., III., IV. BPA, sowie den Leiter der WSP und alle anwesenden Kolleginnen und Kollegen der neu formierten Einsatzpolizei.

Bericht des PR Vorsitzenden

In seiner Rede erinnerte der Personalratsvorsitzende daran, dass sich die Kolleginnen und Kollegen beim HBPP in den letzten beiden Jahren auf drei Behördenleiter einstellen mussten. Erschwerend kam hinzu, dass die Bereitschaftspolizei auf den Prüfstand für eine Neustrukturierung mit organisatorischen und personellen Auswirkungen gestellt wurde. Eine Reform war den Beschäftigten, die ihre Aufgaben immer sehr gut gemacht hatten, nur schwer zu vermitteln. Dabei sei viel Vertrauen in die Behörde verloren gegangen, zumal man die Beschäftigten während der Reformschritte nicht mitgenommen hatte und es bis heute an durchgehender Information und Transparenz mangelt. Roland Kramer lobte nachhaltig die geleistete Arbeit aller Beschäftigten beim HBPP. Der Personalratsvorsit-



zende lobte die von Minister Rhein angestrebte neue Führungskultur bei der hessischen Polizei, die durch den LPP zur Umsetzung kommen werde. „Fordern Sie die Einsatzpolizei und geben Sie die erforderlichen Rahmenbedingungen“, forderte der Personalratsvorsitzende den Minister auf. Als Beispiele schwieriger Einsätze erinnerte er dann an die Loverparade in Duisburg mit vielen Toten, an Stuttgart 21, mit Nachwirkungen im Untersuchungsausschuss, an den letzten Castortransport mit völlig unmenschlichen Einsatzzeiten.

Bessere Rahmenbedingungen – Stellensituation

Für eine gute Polizeiarbeit und zur Motivation aller Beschäftigten gehören auch bessere Rahmenbedingungen, vor allem die Ausstattung mit adäquaten Planstellen. Gründe der schlechten Stellensituation sieht Roland Kramer vor allem darin, dass die Behörde nach 2003 an keinen Stellenhebungen mehr teilgenommen hat. Einzige Ausnahme waren drei Stellenhebungen in der BesGr. A 12 für Piloten der PHuSt.

Ein weiterer Grund lag bei der Umsetzung der Ergebnisse der AG Personal. 2007 wurden 112 Stellen der Bereitschaftspolizei verlagert. Infolge dann auch 48 Stellen der BesG A 10, die bis heute nicht zurückgeflossen sind; aber dringend benötigt werden.

Als Fazit forderte der Personalratsvorsitzende eine entsprechende Berücksichtigung bei der laufenden Verteilung des Stellenhebungsprogramms 2011, sowie die Rückführung aller Stellenwertigkeiten infolge der Versetzungen der Stellenbörse II. Wünschenswert wäre ein eigenes Stellenhebungsprogramm für die Einsatzpolizei.

Familie und Beruf

Zu den Rahmenbedingungen für eine motivierte Arbeit der Einsatzkräfte gehöre aber auch eine geordnete Regelung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zumal die Dienste überwiegend an Wochenenden und Feiertagen zu leisten sind und immer häufiger an die physischen und psychischen Belastungsgrenzen stoßen. „Der



vor allen Dingen vorgelebt und erlebt werden“, machte Jens Mohrherr in seinem Grußwort deutlich.

„Jeder soll wissen: wo, warum, was passiert. Derzeit laufende Disziplinarverfahren müssen in zeitlicher Dauer und der Verhältnismäßigkeit auch abgearbeitet und zum Abschluss gebracht werden“. Mit Blick auf die Bereitschaftspolizei stellte er fest, dass „das Stiefkind Bereitschaftspolizei innerhalb der hessischen Polizeifamilie aus seinem Randdasein herausgeholt gehöre“. „Wie soll man sich in einer Behörde fühlen, die nach 2003 an keinerlei Stellenhebungen teilgenommen hat - dafür aber immer als Steinbruch von Personal, Stellen und deren Wertigkeiten hergenommen wurde“, stellte er fest.

Transparenz schafft Akzeptanz

In Anspielung auf die vergangenen negativen Vorfälle, die über die Medien veröffentlicht wurden, müsse nun zwingend mit Information und Transparenz neues Vertrauen und Akzeptanz bei den Polizeibeschäftigten hergestellt werden. Hier sei die Berufung des von Udo Münch zum neuen LPP sowie die des ehemaligen HPR - Chefs Henning Möller zum Ansprechpartner der Polizei eine gute Wahl gewesen. Beide würden von den Beschäftigten der hessischen Polizei akzeptiert. Die Personalräte unterstützen die neue Führungskultur. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit werde von ihnen bei allen polizeilichen Sach- und Fachthemen gelebt und

Wunsch und die Forderung nach einem planbaren freien Wochenende sei durchaus nachvollziehbar“, so Roland Kramer. Leider werde das planbare freie Wochenende zu Gunsten von Einsatzlagen häufig wieder gestrichen“. Es sei dringend notwendig, für die Einsatzbeamtinnen und -beamten nach drei aufeinander folgenden Wochen unplanbarer Dienste ein „fest zugestandenes, freies Wochenende von Freitag, ab 16.00 Uhr bis Montag 07.00 Uhr zu gewähren“. Die unplanbaren Dienste in den geschlossenen Einheiten fänden nach Bedarf in „totaler Unregelmäßigkeit“ an Wochenenden, Sonn- und Feiertagen im Rhythmus verschiedenster Dienstzeiten - früh, spät, nacht -, statt. Im Gegensatz zum Wechselschichtdienst des polizeilichen Einzeldienstes werde aber keine Zulage gezahlt. Genau hier liege auch eine Ungleichbehandlung vor.

Dienstrechtsreform

In der beabsichtigten Regelung für belastende, unplanbare Dienste gemäß § 194 Absatz 3 HBG werden Dienste der OPE für die Berechnung des Ruhestandes anerkannt. Hier sei eindeutig auch die Einsatzpolizei mit ihren belastenden und wechselnden Diensten, die sie zu allen möglichen Zeiten und Unzeiten leisten, benachteiligt. „Die Forderung ist klar, so Roland Kramer, „wir fordern hier die Gleichbehandlung mit den Operativen Einheiten bei der Berechnung der Altersgrenze!“

Sicht des Behördenleiters

Der Präsident betonte die gemeinsamen Anstrengungen bei der

Neustrukturierung der Bereitschaftspolizei und bedankte sich für die fruchtbare Unterstützung.

Das Feinkonzept müsse jetzt mit Leben gefüllt werden und das könne nur in kleinen Schritten erfolgen. Das sei zurzeit nicht so einfach, weil die interne personelle Umstrukturierung im Präsidium und in den Bereitschaftspolizeiabteilungen mit den Versetzungen des Personalüberhangs gemäß der Stellenbörse II und der Verlagerung der Aufgabe der Einstellungsbehörde an die HPA zusammenfalle. Hier käme es zu folgenschweren Wechselwirkungen. Die strukturellen Rahmenbedingungen haben sich nicht schnell ändern lassen. Er sei aber zuversichtlich, dass das konstruktiv und gemeinsam gelinge.

Führungskultur – als Chance begreifen

„Eine neue Führungskultur kommt nicht über Nacht, sie muss



umgesetzt. Mohrherr kritisiert den vergangenen Castor-Einsatz, „bei dem Einsatzbeamtinnen und –beamte unter den widrigsten Bedingungen eingesetzt waren“. „Massenunterbringungen mit 14 Personen in einem Zimmer, mangelhafte Waschgelegenheiten, 30 Dienststunden und mehr am Stück, seien für den Personalrat nicht zu akzeptieren und aus Arbeitsschutzgründen nicht hinnehmbar“. Mit Blick auf dem in diesem Jahr anstehenden erneuten Castor - Transport ins Wendland forderte er eine frühzeitige umsichtige Planung und die Verantwortlichen dazu auf, „beganzene und festgestellte Fehler abzustellen“.

und vermehrte Einstellungen von Tarifbeschäftigten bei der hessischen Polizei, nicht zuletzt zur Entlastung der Vollzugsbeamten. „Tarifbeschäftigte leisten einen hervorragenden Beitrag in der Polizeifamilie, sie entlasten die Vollzugspolizei und machen gute Arbeit. Aber auch hier bedauern wir, dass Tarifbeschäftigtenstellen nicht wieder besetzt werden, sondern dem Rotstift zum Opfer fallen müssen. Wir können dauerhaft nicht Tarifbeschäftigtenstellen bei der Polizei streichen. Dies ist das falsche Signal in einer Gesellschaft, die sich im demografischen Wandel befindet und in der Fach – /Arbeitskräfte Mangelware werden. Zählstellenproblematik, welch ein Konstrukt!

Familien unserer Kolleginnen und Kollegen bemerkbar machen“.

Einen ganz persönlichen Dank hatte Jens Mohrherr noch für den Personalrat aber insbesondere für den Vorsitzenden Roland Kramer mitgebracht: „Ohne das Tun und Wirken von Roland Kramer wären insbesondere die letzten Jahre, in denen permanent am „Patienten Bereitschaftspolizei herumgedoktert“ wurde, längst der Stab gebrochen worden.“

„Dafür lieber Roland, und für die gemeinsame Zeit, die wir bei Einsatzbetreuungsmaßnahmen in der Bundesrepublik und auch bei internationalen Einsatzmaßnahmen verbracht haben, sage ich hier und heute herzlichen Dank!“

Der Innenminister

Minister Rhein machte deutlich, dass er um die intensive Arbeit und der Belastung der Bereitschaftspolizei wisse. Eine Vielzahl länderübergreifender und schwieriger Einätze seien in der jüngsten Vergangenheit professionell bewältigt worden. Das waren immer neue Herausforderungen, bei denen es auch zu Gewalt gegen Polizeibeamte kam und viele Kolleginnen und Kollegen auch verletzt wurden. Insbesondere beim Castor-Einsatz kam es zu Straftaten gegen Polizeibeamte und zu zahlreichen Sachbeschädigungen.

30 bis 42 Einsatzstunden führten dann zu körperlichen und psychischen Belastungen, die man als schon unmenschlich bezeichnen muss. In der politischen Bewertung habe man von einer Sternstunde der Demokratie gesprochen, weil es auch dieses mal wieder gelungen sei, die Castorbehälter nach Gorleben zu bringen. Rhein widersprach dem vehement, weil in dieser Bewertung leider nicht die immens große Belastung der Einsatzbeamtinnen und –beamten berücksichtigt wurden. Es sei ihm und dem Innenministerium sehr wohl bewusst, dass die Polizeibeschäftigten der Bereitschaftspolizei einen sehr wertvollen Dienst für das Land Hessen leistet und dafür bedankte er sich ausdrücklich bei allen Anwesenden.



Familienfreundlichkeit

„Ein betonfreies Wochenende als planbares Wochenende für die Angehörigen der Einsatzeinheiten sei zwingend zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, forderte der HPR Vorsitzende. „Gerade die jungen Polizistinnen und Polizisten, die eine Familie gegründet haben, brauchen ein freies Wochenende im Monat!“

Tarifverhandlungen

Anlässlich der bevorstehenden Tarifverhandlungen für ein neues Angebot beim TV-Hessen forderte Jens Mohrherr nach langen Jahren der Benachteiligung auch die Umsetzung von Höhergruppierungen

Seit dem Ende der PVS können im Bereich der Polizei noch immer freie und besetzbare Planstellen im Tarifbereich nicht direkt besetzt werden. Nach wie vor darf nur jede zweite freie Stelle besetzt werden. Die Polizei braucht spezialisierte Tarifbeschäftigte für spezielle Aufgaben“.

Wünschenswert wäre, so der HPR –Vorsitzende, „dass auch nach dem Beförderungstermin im Oktober 2011 die hervorragende Arbeit der Polizeibeschäftigten, Beamte und Tarifbeschäftigte, durch die im Februar 2011 beginnenden Tarifverhandlungen mit einem hoffentlich spürbaren Ergebnis am wirtschaftlichen Aufschwung, sich auch für die

Personalfragen, neuer Führungsstil und jährlich 550 Einstellungen

In den letzten Monaten habe die hessische Polizei mit zahlreichen Negativ-Schlagzeilen in der Öffentlichkeit gestanden, so Rhein. In der Folge habe er sich vornehmlich mit Personalfragen befassen müssen. Jetzt könne man auch Fehler korrigieren, die im Zusammenhang mit der damaligen Operation „Sicher Zukunft“ gemacht wurden. Man müsse mehr auf Polizei setzen und werde dieses Jahr wieder 550 Polizeianwärter einstellen und das regelmäßig bis 2012 fortsetzen.

Kein Mobbingssystem in der Polizei

Persönlich versprach Boris Rhein eine neue Führung, die mehr Menschlichkeit, Offenheit und Transparenz haben soll. Eine gute Ausstattung der Polizei sei wichtig. Mit 18.000 Mitarbeitern sei die hessische Polizei, neben den Lehrern, der größte Personalkörper bei der hessischen Landesverwaltung. Daher sei es ganz natürlich, dass es hier auch mal „menschelt“. Es gebe aber „kein systematisches Mobbing in der Polizei“.

Maßnahmen einer neuen Führung

So habe Boris Rhein gemeinsam mit dem LPP verschiedene Maßnahmen beschlossen, die nun nach und nach umgesetzt werden. So wird es

eine „Koordinierungsstelle Konfliktmanagement“ geben, die sich mit konkreten Einzelfällen und Lösungen befassen wird. In den Polizeibehörden wird es dazu außerdem „runde Tische“ geben, an denen auch die Frauenbeauftragte, der Personalberater und der Personalrat beteiligt werden. Hier soll auch Einfluss genommen werden, auf die teilweise viel zu lang und andauernden Disziplinarfälle. Er wolle nicht, dass etwas geheim funktioniert. Kritik müsse konstruktiv aufgenommen werden. Dazu gehöre Offenheit und Transparenz.

Nutzen Sie die Ansprechpartner!

Neben den bisher notwendigen Beratungsstellen, Frauenbeauftragten, Soziale Ansprechpartnern, Schwerbehindertenvertretern und Personalräten, wurde mit dem ehemaligen langjährigen Vorsitzenden des Hauptpersonalrates, Henning Möller, ein kompetenter Ansprechpartner für alle Polizeibeschäftigten eingerichtet. Er sei nicht an Weisungen gebunden, habe Zugang zu allen Dienststellen und kann frei arbeiten. Er habe die Akzeptanz der Beschäftigten und soll bei Beschwerdefällen Lösungen erarbeiten.

Planbares freies Wochenende berechtigt!

Infolge der Vielzahl problematischer Einsatzlagen, die überwiegend an den Wochenenden stattfinden,

sagte Boris Rhein „es sei ein berechtigtes Anliegen, wenigstens einmal im Monat planbar mit der Frau ins Kino zu gehen. Das sind wir den Einsatzbeamtinnen und -beamten schuldig. Wir müssen es irgendwie hinbekommen.“

Zur Entlastung habe man in 2010 einige Länderersuchen von Sachsen, Thüringen oder Nordrhein-Westfalen immer dann abgelehnt, wenn es unseren Kräften nicht mehr zumutbar war. Trotzdem werde es immer wieder notwendige Lagen geben, die den Einsatz der Bereitschaftspolizisten erfordern. Allerdings, so räumte der Innenminister abschließend als Ziel ein: „Wir werden alles tun, aus Rücksicht auf Sie, alle 4 Wochen ein planbares freies Wochenende hinzubekommen!“

Pensionsgrenze mit 60 auch für Einsatzeinheiten!

Zum Ende seiner Rede verabschiedete sich Innenminister Boris Rhein mit der Zusage, dass wegen der vielen unplanbaren Dienste mit hoher psychischer und physischer Belastung im Rahmen der Gleichbehandlung mit dem Wechselschichtdienst des Einzeldienstes auch der § 194 Abs. 3 HBG für die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten in den Einsatzeinheiten gelten wird.

Test: (D.O.)
Fotos: PÖ HBPP, Otto

KOLTER & KOLLEG.

ANWALTSKANZLEI

Wir bieten individuelle Mandantenbetreuung
mit hoher fachlicher Spezialisierung
auf den Gebieten

- Verwaltungsrecht (z.B. Beamtenrecht)
- Familienrecht (z.B. Ehescheidung und Unterhaltsrecht)
- Arbeitsrecht (z.B. Kündigungsschutzrecht)
- Zivilrecht (z.B. Mietrecht und Verkehrsunfallrecht)

Rechtsanwälte Kolter & Kolleg.

Dr. Jens Kolter - Fachanwalt für Arbeitsrecht und Verwaltungsrecht
Tim Christoffer - Rechtsanwalt mit Schwerpunkt Familienrecht
Dominik Merz - Rechtsanwalt mit Schwerpunkt Sozialrecht

Marktstraße 10
65183 Wiesbaden
www.kolter-koll.de

Tel.: 0611 - 992 44 0
Fax: 0611 - 992 44 44
E-Mail: info@kolter-koll.de



Daniel Klimpke ist neuer Landesjugendvorsitzender



Junge Gruppe Hessen verändert ihr Gesicht – aber nicht ihre Ziele

Seit vielen Jahren ist die Junge Gruppe Hessen weit über die Grenzen des Landesbezirks hinaus aktiv. Interessierte und engagierte junge Kolleginnen und Kollegen zu gewinnen und gemeinsam neue Projekte auf den Weg zu bringen, das ist eines der Grundziele, die sich der hessische Jugendvorstand in den vergangenen Jahren gesetzt hat.

Dass dies von großem Erfolg gekrönt ist, zeigen die Erfolge, die sich sehen lassen können.

Die Junge Gruppe Hessen organisiert seit vielen Jahren bereits die sogenannten Berufsvertretungsstunden an den Ausbildungsstandorten der hessischen Polizei.

Mit viel Engagement und Präsenz vor Ort erreichen sie die jungen Kolleginnen und Kollegen und überzeugen sie von einer Gewerkschaft der Polizei (GdP), die durch Leistung und Qualität überzeugt.

WIR SIND KEINE BILLIGHEIMER,

einer ihrer plakatierten Aussagen, die es auf den Punkt bringt.



Und das Ergebnis der letzten Jahre an allen Standorten in Hessen lässt sich mehr als sehen.

Die jungen Kolleginnen und Kollegen erkennen bei der GdP ihre Vorstellung einer professionellen Berufsvertretung. Zwischen 60 und 80 Prozent der Anwärterinnen und Anwärter sind in unsere GdP eingetreten.

EINE FÜR ALLE,



getreu dem Motto überzeugen wir auch die Kolleginnen und Kollegen, die ihre Ausbildung zielgerichtet auf dem Ausbildungszweig Kriminalpolizei durchlaufen.

Professionalität des Auftritts sowie kompetente und immer erreichbare Ansprechpartner zu haben, das hat man auch über die Landesgrenzen hinweg erkannt.

War es doch die Junge Gruppe Hessen, die vor einigen Jahren mit einem selbst produzierten Werbetailler ein Neuland in der Mitgliederwerbung betreten hat.

Heute ist dieser weiter aktualisierte Trailer ein ständiger fester Bestandteil der Auftritte an den Standorten zur Begrüßung der neuen Kolleginnen und Kollegen.

WIR SPRECHEN EURE SPRACHE - WAHRHEIT UND KLARHEIT -

Das sind die filmischen Grundlagen, und die positiven Rückmeldungen und Erfahrungen sprechen für sich.

Im Übrigen haben sich andere GdP-Landesbezirke dieser Werbemaßnahme angeschlossen und nutzen ebenfalls diesen Film, der nur auf ihre spezifischen Belange angepasst wird.

Cops-Afterwork-Parties, GdP-Hessen-Kart-Cup, Blaulichtmilieuparties, Mountainbike-Touren bis hin zu vielen Seminarreihen, verantwortlich von der Junge Gruppe organisiert und durchgeführt, das sind Veranstaltungen, an die sich viele Kolleginnen und Kollegen erinnern werden.

Dies wird auch in den kommenden Jahren wieder viele alte und neue Mitglieder überzeugen, dies sei euch versprochen.

Neuer geschäftsführender Vorstand

Mitte Januar traf sich die Junge Gruppe Hessen in Willingshausen-Zella zu einer Klausurtagung.

Auf der Tagesordnung stand unter anderem die Nachbesetzung von unterschiedlichen Positionen im Vorstand.

Antonio Pedron, der die Geschichte als Vorsitzender über viele Jahre leitete, hatte im August 2010 den Vorsitz der Bezirksgruppe Südhessen übernommen.

Auch hier wird er seine professionelle Arbeit in vollem Umfang der Organisation und Betreuung seiner über 1000 Mitglieder starken Bezirksgruppe widmen.

Somit stellte er im Vorstand der Jungen Gruppe seine Position als Vorsitzender zur Verfügung.

Schnell war man sich einig in der Frage seiner Nachfolge. Und so wurde sein bisheriger Stellvertreter neuer „Chef der Mannschaft“.



Der „Neue“

Daniel Klimpke, 28 Jahre jung wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt, nachdem er bereits viele Erfahrungen neben Toni Pedron gesammelt hatte.

Daniel kommt aus Lorch im Rheingau und ist dort auch Vorsit-

zender der Kreisgruppe Rheingau. Wir wünschen ihm an dieser Stelle viel Glück für die neue Herausforderung und alle Kraft, die anstehenden Projekte erfolgreich umzusetzen.

„Ich freue mich auf die neue Herausforderung in Südhessen und bin sehr stolz, dass wir innerhalb der GdP ordentlichen Nachwuchs haben, um solche verantwortungsvollen Aufgaben verteilen zu können“, übergab Toni Pedron das Staffelholz an Daniel Klimpke.



Es gab in der Folge weitere personelle Veränderungen im Vorstand.

Jochen Zeng, bisher Stellvertreter im Vorstand stellte seine Position zur Verfügung, damit er sich in vollem Umfang seiner Tätigkeit als stv. Bundesjugendvorsitzender widmen kann. Er steht der Junge Gruppe Hessen jedoch weiter als Beisitzer zur Verfügung.

Ebenfalls neu in den geschäftsführenden Vorstand wurden gewählt: Saskia Völker als stv. Vorsitzende, Christian Schwarz als stv. Schriftführer und Maik Bretschneider als Beisitzer.

Der neue Vorstand im Überblick:

Vorsitzender: Daniel Klimpke (BZG Westhessen)

Stv.Vorsitzende: Kerstin Wöhe (BZG Mittelhessen)

Stv. Vorsitzende: Saskia Völker (BZG Westhessen)

Stv.Vorsitzender: Mirko Emejdi (BZG Frankfurt)

Stv.Vorsitzende: Kerstin Wöhe (BZG Mittelhessen)

Kassierer: Markus Hüschentbett (BZG Südosthessen)

Stv.Kassierer: Alexander Krimmel (BZG Osthessen)

Schriftführerin: Dörte Ganzer (BZG BePo)

Stv.Schriftführer: Christian Schwarz (BZG Frankfurt)

Beisitzer: Maik Bretschneider (BZG Frankfurt)

Beisitzer: Jochen Zeng (BZG Frankfurt)

Wir wünschen euch viel Spaß und Erfolg bei eurer Arbeit. Macht weiter wie bisher, die Kolleginnen und Kollegen werden es euch danken.

Peter Wittig

Landesvorstand



Arbeitgeber sehen keinen Spielraum für Lohnerhöhungen

Tarifverhandlungen für öffentlichen Dienst der Länder, Hessen verhandelt eigenständig!

Die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder starteten am 4. Februar in Berlin. Die Gewerkschaften ver.di und dbb-Tarifunion gingen mit einer Forderung nach einem Sockelbetrag von 50 Euro plus drei Prozent mehr Geld in die Gespräche. Das entspricht einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von rund fünf Prozent. Für Auszubildende soll eine Übernahmegarantie gelten. Verhandelt wird für knapp 1,7 Millionen Beschäftigte, darunter fast 1,1 Millionen Beamte und rund 585.000 Tarifbeschäftigte. Die Länder Hessen und Berlin bleiben außen vor, da sie nicht der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) angehören. Die Arbeitgeber betonten, es gebe keinen finanziellen Spielraum für die Tarifforderungen der Gewerkschaften.



Gemeinsam demonstrierten GdP und ver.di für Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst. jm

Nachholbedarf ist vorhanden

Frank Bsirske (ver.di) begründete die Forderung nach dem Sockelbetrag mit Kostensteigerungen bei Energie, Lebenshaltung und Gesundheit. Das Plus von 50 Euro diene als sozialer Ausgleich, so der ver.di Chef. Außerdem gebe es bei den Länderbeschäftigten einen deutlichen Nachholbedarf im Vergleich zum öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen. Diese Gerechtigkeitslücke müsse geschlossen werden. Zudem sind die Tarifforderungen zeitgemäß. Die Konjunktur zieht an, wohingegen die Landesbeschäftigten immer noch von anhaltendem Personalabbau, Arbeitsverdichtung und einer unzureichenden Vergütung betroffen seien. Die verhandelnden Gewerkschaften - neben ver.di auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sowie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) - streben eine Laufzeit des Tarifvertrags von 14 Monaten an.

Kein Grund für Lohnerhöhungen

Für die Arbeitgeber verhandelt die Tarifgemeinschaft der Länder

(TdL) unter Vorsitz des niedersächsischen Finanzministers Hartmut Möllring (CDU). Mit am Tisch sitzen: Bremens Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne), Sachsens Finanzminister Georg Unland (CDU) und TdL-Geschäftsführer Knut Bredendiek. Im Vorfeld äußerte sich Möllring in einem Interview: "Die Länder werden auch 2011 weiterhin weniger Steuern einnehmen als 2008. Danach gibt es keine Begründung für Lohnerhöhungen". Dies sehen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes natürlich anders. Beispielsweise erzielen die Länder, im Übrigen auch Hessen, Rekordumsätze bei den Steuereinnahmen. In Hessen sind es zusätzliche 900 Millionen Euro. Der CDU-Politiker sieht auch keinen Nachholbedarf für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Schließlich habe es, anders als in der freien Wirtschaft, in der Wirtschaftskrise keine Lohnkürzungen gegeben. "Die Einkommen sind im Gegenteil sogar gestiegen", sagte Möllring. Wie schnell man mit der Gewerkschaft eine Einigung erzielen kann, wollte der Minister nicht vorhersagen. "Wer unter Druck verhandelt, verhandelt schlecht".

Engagement muss sich in klingender Münze auszahlen

Die Beschäftigten der Polizei erwarten von den im kommenden Jahr beginnenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst einen deutlichen Anstieg ihrer Einkommen. Bei der Bekanntgabe der Gewerkschaftsforderungen am Dienstag, 14. Dezember 2010, sagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut: „**Wieder haben alle in der Polizei arbeitenden Frauen und Männer ein Jahr mit höchsten Arbeitsbelastungen hinter sich.**

Das Lob der Politiker für ihr Engagement und die hohe Qualität ihrer Arbeit muss sich auch in klingender Münze auszahlen“. Die Gewerkschaft der Polizei in Hessen, begleitet von DGB, wird durch die Große Tarifkommission der hessischen GdP unter der Führung von Heinz Schiskowsky ebenfalls Verhandlungen mit Innenminister Boris Rhein aufnehmen.

jm

Einkommens- und Tarifrunde 2011

Nur gemeinsam sind wir stark!!!



Heinz Schiskowsky

Die Einkommensstarifverträge des Landes Hessen wurden durch die gemeinsam verhandelnden Gewerkschaften ver.di, GEW, dbb-Tarifunion, IG BAU sowie der GdP mit Ablauf des 31.12.2010 gekündigt. Dies ist Voraussetzung dafür, um mit unserem Arbeitgeber Einkommensverhandlungen für das Jahr 2011 aufnehmen zu können. Nachstehend möchte ich euch die zeitlichen Abläufe und inhaltlichen Forderungen der Tarif und Besoldungsrunde 2011 im Bereich des Landes Hessen mitteilen.

Die GdP hat mit Schreiben vom 28.12.2010 Innenminister Boris Rhein die Forderungen zu Einkommensverbesserungen für das Jahr 2011 mitgeteilt. Diese lauten im Einzelnen:

- | Erhöhung der Einkommen um einen Sockelbetrag von 50 und 3% bei 14 Monaten Laufzeit.
- | Dies fordern wir auch für unsere Auszubildenden und die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Kolleginnen und Kollegen des Beamtenbereiches sowie der Versorgungsempfänger.
- | Verkürzung und Vereinheitlichung der regelmäßigen Arbeits-

zeit für die Beamtinnen und Beamten auf 40 Stunden wöchentlich.

- | Eine verbindliche Regelung zur Übernahme der Auszubildenden für die Dauer von mindestens 24 Monaten.
- | Verlängerung der Fristen für begonnene Bewährungsaufstiege um 2 Jahre (z. Zt. 31.12.2011).
- | Lineare Anhebung der Garantiebeträge nach § 17 Abs. 4 Satz 2 und 3 TV-H.

Die erste Verhandlungsrunde fand am Freitag, 11. Februar 2011 im Innenministerium statt. Der 2. Verhandlungstermin wurde auf den 04./05. April 2011 festgelegt.

Die genannten Forderungen wurden bereits durch den Arbeitgeber als überzogen dargestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sind es nicht Leid weiterhin Reallohnverluste wie in der Vergangenheit hinzunehmen? Entspricht es nicht den Tatsachen, dass der öffentliche Dienst allein in den letzten zehn Jahren gegenüber anderen Branchen bis zu 17 Prozent ins Hintertreffen geraten ist? Auch wir müssen unsere Familien vernünftig „über die Runden bringen“. Wie viel sollen uns die vermeintlich „sicheren Arbeitsplätze“ noch kosten?

Wann ist die Zeit für realistische Forderungen? Wenn es der Wirt-

schaft gut geht sollen wir den Aufschwung nicht gefährden, geht es der Wirtschaft nicht so gut, sind angeblich die öffentlichen Kassen leer! Jetzt ist die Zeit für realistische Forderungen!

Die ersten politischen Reaktionen lassen doch ganz deutlich eines erkennen.

Wir sollen auch weiterhin die Melkkuh der Nation bleiben. Wir, die alles andere als auf großem Fuß leben, wird man wieder einmal die Forderungen streitig machen und zwar mit Argumenten, die man nicht mehr hören mag, da es immer die gleichen sind. Und noch etwas nicht Unwichtiges: Deutschland ist innerhalb der EU das Land mit den geringsten Reallohnzuwächsen. **Deshalb liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es nicht an der Zeit für unsere gemeinsame Sache zu kämpfen? Eines ist sicher – nur gemeinsam sind wir stark – nur gemeinsam können wir unsere berechtigten Forderungen durchsetzen. Wir müssen Präsenz zeigen. Wir haben merklliche Einkommensverbesserungen verdient. Irgendwann muss sich die geleistete gute Arbeit auch mal bezahlt machen. Aber das funktioniert nur, wenn wir gemeinsam für unsere Sache eintreten.**

Heinz Schiskowsky

DER
Reisebüro

Urlaub? Aber sicher!

Buchen mit Qualität und Sicherheit –
in Ihrem DER Reisebüro!

Gut beraten Urlaub machen.

DER Reisebüro
Wilhelmstraße 8
65185 Wiesbaden
Tel.: 06 11 / 1 34 81
wiesbaden1@der.de

Rückblick in das Jahr 2005: Kochs blühende Landschaften - oder die Sparwut treibt Blüten!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der „brutalstmögliche“ Sparer ist angetreten, den maroden Landeshaushalt (den natürlich die Berliner Versager zu verantworten haben) zu sanieren. Dazu hat er, wie bekannt, erst verfassungswidrige Haushalte verabschieden lassen, dann das Zauberwerk SAP gekauft und als das auch nichts mehr half, schnell das sogenannte Zukunftssicherungsgesetz verkündet. Das es da an der einen oder anderen Stelle zu Engpässen kam, nahm er in Kauf – nach dem Motte: viel Feind' viel Ehr'.

Nebenbei wurden noch ein paar Stellen in der öffentlichen Verwaltung abgebaut, sozialverträglich über die PVS abgeschoben und bei der Polizei die ach viel zu üppigen Beförderungsmöglichkeiten kräftig gestutzt. Tarifbeschäftigten wurden Höhergruppierungen verwehrt, dafür forderte er, der Landesvater – oder besser Landesstiefvater? – längere Arbeitszeiten, Wegfall des Urlaubsgeldes und Reduzierung des Weihnachtsgeldes. Nun – all das hat den gewünschten Erfolg bisher nicht gezeigt. Also erquickt man sich in den eigenen Weingütern, kauft einen neuen Weinberg dazu, kauft sich ein hübsches, doch marodes Schloss vom Grafen nebst einem musealen Sammelsurium und abnormen Jagdtrophäen.

Außerdem versucht man eigene Prachtbauten, wie Polizeipräsidien, zu verkloppen, auf das der diesjährige Haushalt nicht total durchknallt. Dass unsere Kinder und Enkel dann auf ewig teure Mieten dafür an Investoren zahlen dürfen, lässt den Zukunftssicherungsgesetzgebungserfinder kalt. Aber nicht etwa, dass er an die kleinen Leute, die Bürgerinnen und Bürger und seine schutzbefohlenen Landesbeschäftigten nicht auch gedacht hätte. – Nein, er erinnerte sich an seines großen dicken Vorbilds und griff die Idee der viel zitierten „blühenden Landschaften“ auf und nutzte sie flugs zu seinen Gunsten.

Er stattete die Behörden im Rahmen der hochgelobten Eigenbudgetierung so knapp aus, dass diese ihre Liegenschaften nicht mehr pfleglich behandeln konnten. Den deutschen Kleingärtner treibt's da schon die Schweißperlen auf die Stirn. Fortan sprossen die Wildkräutlein und Disteln, dass es eine wahre Pracht war. Beschäftigte und Bürger mussten sich beinahe durchs Dickicht schlagen, um die Eingangspforte zu erreichen. Doch dann nahte der Idylle Unheil in Form eines Ordnungsamtsmenschen, der die Behörde schlicht an ihre banalen Verkehrssicherungspflichten erinnerte. Schließlich waren inzwischen die Sträucher so üppig gewachsen, dass Bürgersteige beengt und Schwerbehindertenparkplätze nicht mehr sichtbar waren. Das abgestorbene Laub des letzten Jahres dekorierte überdies in entzückender Einfachheit Parkplätze und Gehwege. Also musste gehandelt werden. Schnell waren ein paar Silberlinge zusammenge-

kratzt, ein tüchtiges deutschsprachiges Unternehmen gefunden und der Auftrag erteilt. Ohne dass sich ein hoher Staatsbesuch angekündigt hatte, der Hessentag im Städtchen vor der Eröffnung stand oder gar der viel beliebte „Tag der offenen Tür“ gefeiert werden sollte, wurde eins zwei drei, der blühenden Landschaft der Garaus gemacht. Jetzt ist's wieder sachlich ordentlich – deutsch, ja fast schade, man hatte sich schon so sehr an die Unordnung gewöhnt. Und nächstes Jahr sollen auch wieder die Fenster geputzt werden. Dann können die schönen neuen Lampen wohl tagsüber wieder aus bleiben. Jetzt wünsche ich allen Kolleginnen und Kollegen eine schöne Sommerzeit und erholsamen Urlaub. Lasst Euch nicht verdrießen, auch wenn wir vor weiteren bösen Überraschungen nicht gefeit sind.

Herzliche Grüße

Euer Dieter Kurth (Anno 2005)



„Der nächste Castor kommt bestimmt“

Ausblick

In Anlehnung einer Werbekampagne aus den siebziger Jahren, damals wurde das rechtzeitige Betanken der eigenen Öltanks vor den herannahenden, zugegebenermaßen strengen Wintern beworben, wollen wir an dieser Stelle unseren Blick auf den nächsten geplanten Castor-Transport richten. Fakt ist, dass die Atompolitik der Bundesrepublik Deutschland die deutsche Polizei bereits im zurückliegenden November vor schwierige, personelle und auch logistische, Herausforderungen gestellt hat. Fakt ist, dass die politische Irrfahrt der Bundesregierung, die den mühsam erungenen Atomkonsens aufgekündigt hat, den Widerstand der Anti-Atombewegung erst recht auf den Plan gerufen hatte. Es stellt sich die Frage, ob die politischen Entscheidungen auf den Rücken der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ausgetragen werden müssen.

Die Protestbereitschaft innerhalb der Bevölkerung war so groß wie lange nicht mehr – der damit einhergehende Kräftebedarf der Einsatzleitung der Polizeidirektion Lüneburg nicht minder. Dazu kam, dass die Länderpolizeien und die Bundespolizei erhebliches Personal abgebaut hatten (und auch noch abbauen). So wurden bundesweit die Polizeien der Länder und die Bundespolizei mit ihren letzten Reserven mobilisiert. Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass der tägliche Dienst bewältigt werden muss. Der Anstieg der Krankenquoten, die Zunahme von Burn-Outs und Depressionen sprechen eine eindeutige Sprache. In erster Linie leiden die Kolleginnen und Kollegen der geschlossenen Einheiten unter dem kontinuierlichen Anstieg der Einsatzanlässe. An fast jedem Wochenende muss ein Großaufgebot zu Fußball Einsätzen bis in die untersten Ligen anreisen, häufig zu mehreren Spielen hintereinander. Eine dringende Vereinbarung, am 30. April und 1. Mai eines jeden Jahres auf Bundesligaspiele der 1., 2. und 3. Liga zu verzichten, wird es auch in diesem Jahr mit dem



Störaktionen Castor 2010

Deutschen Fußball Bund nicht geben – weil das Milliardengeschäft eben vor den Bedürfnissen der Polizeibeschäftigten geht. Die Zahl der länderübergreifenden Einsätze nimmt dabei ebenso zu wie das Erfordernis, bei links- oder rechtsextremen Veranstaltungen vor Ort sein zu müssen. Darunter leidet die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erheblich. Kinder sehen ihre Väter und Mütter nicht, Ehefrauen und Ehemänner ihre entsprechenden Partner nur zum Wäschewechsel bzw. zum ausschlafen. Gerade weil das Kerngeschäft der geschlossenen Einheiten die Bewältigung von Einsatzlagen ist, die zudem meistens an Wochenenden stattfinden, müssen die politisch verantwortlichen der Länder dringend darauf achten, dass innerhalb eines Monats den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in geschlossenen Einheiten ein planbares, freies Wochenende zusteht. Da nutzt es wenig, montags bis mittwochs frei zu haben, wenn die Familie nicht da ist um die Freizeit auch genießen zu können. Polizeiliche Aufgaben unterliegen ständigem Wandel, angepasst an gesellschaftliche Entwicklungen und Bedürfnisse. Auf der anderen Seite entfallen selten alte

Probleme, so dass es nicht zu einer Schwerpunktverlagerung kommt, sondern zu einer Zunahme der Tätigkeiten. Gleichzeitig gibt es aber nicht mehr Schultern, auf die die Arbeit verteilt werden kann. Mit Blick auf den nächsten Castor-Transport kann nicht vorausgesehen werden, welche Dimensionen dieser, sowohl im Störeraufkommen als auch in der Kräftedisposition nach sich ziehen wird. Fest steht, dass eine Mehrheit der Demonstranten den Zorn und die Enttäuschung über einen Schlingerkurs in der Atompolitik bei der Polizei ablädt. Hatte man seitens der politisch Verantwortlichen nach dem letzten Castor Transport bereits festgestellt, dass es eben keine „Sternstunde der Demokratie“ war, weil Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten angegriffen wurden, diese auch verletzt wurden, dass Blockaden, die eine Verpflegung der eingesetzten Kräfte nicht durchgängig gewährleisten konnten und eben die katastrophalen Unterbringungsmöglichkeiten und die Entsorgungproblematik menschenverachtend waren, scheint es mithin so zu sein, dass der nächste Castor Transport eben billigend in Kauf genommen wird.

Zu mindestens was Unterbringung der Kräfte und deren Entsorgungsmöglichkeiten anbelangt. Mitte Januar 2011 trafen sich auf Einladung der einsatzführenden Dienststelle Lüneburg und dem Hauptpersonalrat der Polizei aus Niedersachsen Vertreterinnen und Vertreter aus den Personalräten des Bundes und der Länder zu einer Bestandsaufnahme. Sinn und Zweck war es, schlechtes aufzuarbeiten und einen Optimierungsprozess anzustoßen, der, zugegebenermaßen, mit heißer Nadel gestrickt bis zum nächsten Castor Transport für Abhilfe schaffen soll.

Größte Mängel wurden in überlangen Einsatzzeiten (bis zu 38 Stunden am Stück), fehlende Versorgungs- und Entsorgungsmöglichkeiten, unzumutbare Unterbringungsmöglichkeiten (teilweise bis zu 20 Menschen in einem Raum) gesehen. Der Leitfaden 150, der zwar eine Grundlage für die angemessene Unterbringung bei solchen Einsätzen vorgibt, ist als Regelwerk nicht bindend. Daher wird er in zahlreichen Fällen ignoriert.

Wenn man Einsätze planen kann, dazu gehören auch die Castor Einsätze, dann müssen eben zur Vermeidung überlanger Einsatzzeiten mehr Kräfte zum Einsatz kommen. Das Kolleginnen und Kollegen in ihrer Not, auf Grund fehlender Entsorgungsmöglichkeiten in den Wald ausweichen müssen, bei der Verrichtung ihrer Notdurft auch noch



Sicherung Bahnstrecke

beschimpft und teilweise noch fotografiert werden, ist nicht nur menschenverachtend, sondern zeigt die Perfidität mancher „Demonstrationsteilnehmer“, die von einer Sternstunde für die Demokratie sprechen.

Wacht auf, Politiker in Bund und in den Ländern! Lasst es nicht zu, dass diejenigen, die den Staat schützen, zum Opfer flachgeistiger Menschen werden. Das sogenannte Kunstwerk des Kunststudenten M.W., W. erhielt für seine „Pinkelnde Petra“ genannte Figur vor kurzem einen mit 1000 Euro dotierten dritten Kunstpreis der Leinemann-Stiftung, der in diesem Jahr in Dresden vergeben wurde. „Den gewöhnlichen Frauennamen trägt eine Poli-

zistin aus Silikon und Stahl, die derzeit in voller Kampfmontur in einem Ausstellungsraum der Hochschule hockt – mit heruntergelassener Hose. So wie Frauen ihre Notdurft eben verrichten müssen, wenn keine Toilette in der Nähe ist. Auf dem Boden ist eine Pfütze aus Gelatine, damit das wertvolle Parkett nicht zu Schaden kommt“, beschreibt Zeit-Online das Werk. Reaktion der Politiker: der sächsische Innenminister Markus Ulbig (CDU) hatte zuvor bereits von einer Schande und einem sogenannten Kunstwerk gesprochen. „Es ist eine Beleidigung der Polizistinnen und aus meiner Sicht eine Verletzung der Menschenwürde.“ Er sei schockiert, dass es Gremien gebe, die solchen sogenannten Künstlern Preise verleihen würden. Das, sehr geehrter Herr Innenminister, nutzt denjenigen Kolleginnen nichts, die beim nächsten Castor Transport wieder in den Wald ausweichen müssen! Statt Sonntagsreden erwarten wir von unseren Innenministern eine durchdachte und menschenwürdige Einsatzvorplanung, die auch nicht an Kosten scheitern darf.

Wir finden es beschämend, dass man so etwas als Kunst verkauft. Damit trifft man alle Polizeibeamtinnen, die sich im Dienst irgendwo hinsetzen müssen um ihre Notdurft zu verrichten, weil es keine andere Möglichkeit gibt, äußerten sich dazu GdP Vertreter. Dem ist nichts hinzuzufügen. JM



Reiter sichern die Bahnstrecke

Last Exit Afghanistan

Bundestag verlängert Mandat für Bundeswehr in Afghanistan



Bundeskanzlerin Merkel bei der Polizei

Die Mahner im eigenen Land, zu denen gehört auf der Fuldaer Bischof Algermissen, wurden seitens der Abgeordneten im deutschen Bundestag nicht erhört. Doch der Reihe nach.

Mit dem "Fortschrittsbericht Afghanistan" legte die Bundesregierung den Abgeordneten im Dezember 2010 dazu erstmals eine ausführliche Darstellung der Lage in Afghanistan vor. Eine solche lange geforderte Gesamtdarstellung der internationalen Intervention in Afghanistan hatte es in Deutschland bisher nicht gegeben.

Dazu nahm der Bischof wie folgt Stellung: „Die Ausführlichkeit des Berichtes verdient Anerkennung, der Verzicht auf die Bewertung der gesammelten Fakten nicht, so der Präsident von pax christi, Fuldas Bischof Heinz Josef Algermissen. Verbunden mit Hinweisen auf die militärische Eigendynamik und die damit verbundene hohe Anzahl von Menschenleben, die dieser Krieg schon gekostet hat, habe ich im vergangenen Jahr das Scheitern des militärischen Einsatzes konstatiert, dessen Beendigung und den Einsatz seiner finanziellen Mittel für den zi-

vilen Aufbau gefordert. Angesichts der erschreckenden Fakten, die im Bericht der Bundesregierung deutlich zu Tage treten, und der nach wie vor fehlenden konkreten Abzugsperspektive der Bundesregierung erinnere ich daran und bekräftige meinen Appell. Offen stellt die Bundesregierung in ihrem Bericht fest, dass "die stetig wachsende Militärpräsenz bisher nicht zu einer signifikanten und nachhaltigen Verbesserung der Sicherheitslage geführt", sondern diese sich "ab 2006 erheblich verschlechtert" hat und der Konflikt in Afghanistan aus der Sicht aller beteiligten Akteure militärisch nicht zu lösen ist. Die Zustimmung der afghanischen Bevölkerung zur Präsenz der internationalen Truppen ist auch im für Deutschland bedeutsamen Norden in hohe Ablehnung umgeschlagen. Der Krieg, an dem Deutschland seit neun Jahren beteiligt ist, hat in der afghanischen Bevölkerung, unter den Aufbauhelferinnen und -helfern sowie unter den Kämpfenden viele Opfer gefordert. Angesichts der hohen Zahl von Kriegstoten bedeutet die geplante Fortsetzung der Kämpfe nichts anderes als sehenden Auges für die Jahre 2011 – 2014 weitere Todesopfer einzukalkulieren. Den vorsichtigen Opferangaben der UN-Hilfsmission Afghanistan zu Folge wären das jährlich 2.500 Menschen.



Verteidigungsminister zu Guttenberg bei der Polizei

Andere Quellen sprechen für das Jahr 2010 von nahezu 9.000 Getöteten und bald 16.000 Verletzten. Solchen Schätzungen zufolge wird die Gesamtzahl der seit 2001 getöteten Zivilisten mit knapp 20.000 und die der Verwundeten mit etwa 49.000 Verletzten angegeben. Bei diesen offensichtlichen Auswirkungen und entsprechend zu erwartenden Folgen ist die Fortsetzung dieses Krieges nach den Kriterien, die wir Bischöfe im Jahr 2000 in unserer Denkschrift "Gerechter Friede" benannt haben, nicht zu rechtfertigen. Denn hier stehen völkerrechtliche Legalität und die ethische Legitimität der Intervention fundamental auf dem Spiel. Auch weil keine hinrei-

chende Wahrscheinlichkeit besteht, dass die Fortsetzung der Gewalt ihr Ziel erreichen kann und die Lage nicht etwa noch verschlimmern wird. (...) Wer den Einsatz in Afghanistan Krieg nennt, muss auch den Mut haben, diesen Krieg umgehend zu beenden. Afghanistan braucht Frieden. Pax christi fordert die Bundesregierung auf den sofortigen Beginn des Abzugs der Bundeswehr einzuleiten, in der NATO auf ein sofortiges Ende der Kämpfe und den

Beginn des Abzugs der internationalen Truppen hinzuwirken, wenn Afghanistan es fordert, im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sowie materiell eine Blauhelm-Mission zu unterstützen. Weiter müsse das deutsche Engagement in Afghanistan konsequent zivil ausgerichtet werden und dabei den Schwerpunkt auf die Umsetzung der afghanischen Verfassung, des Rechtswesens, die Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen sowie

den Ausbau des Gesundheits- und des Bildungswesens zu legen. Auch muss sich die Bundesregierung für die konsequente Umsetzung der UN-Resolution 1325 einsetzen. Das heißt die Beteiligung von Frauen an allen Prozessen zur Herstellung von Stabilität in der Region mit den Nachbarstaaten, an allen Verhandlungen und innerafghanischen Versöhnungsprozessen einzusetzen und dies bei eigenen Projekten umzusetzen. GdP

GdP-Senioren auf der Höhe des Geschehens

Internet für Senioren aktualisiert

Der Landesseniorenvorstand gestaltet die Informationen im Internet für Senioren umfangreicher. Da Senioren nicht mehr über Aushänge aktuell informiert werden, können Informationen jetzt schnell von zu Hause aus abgerufen werden. Ohne sich extra in einem Mitgliederbereich anmelden zu müssen, kann man auf die Artikel und Berichte zugreifen.

Unter www.gdp.de/hessen gelangt ihr auf die Startseite unserer GdP. Man kann auch bei einer Suchmaschine, z.B. Google, einfach nur GdP Hessen eingeben und klickt dann „GdP Hessen Homepage“ an. Auf der Startseite der GdP Hessen muss man dann in der oberen Leiste „Personengruppen“ aufrufen und Seniorengruppe anklicken. Jetzt öffnet sich die Startseite der Senioren.

Inhalt der Seniorensite

Auf der Startseite der Senioren befinden sich auf der linken Seite die Themenfelder, die durch Anklicken geöffnet werden. Diese sind: Vorstand/BZG-Zuständigkeit, Termine, Berichte/Artikel, AKTUELLES und Geselliges. Befinden sich auf einer Seite der geöffneten Themenfelder Überschriften, so gelangt man durch Anklicken der Überschrift zu dem jeweiligen ausführlichen Artikel.

Vorstand/BZG-Zuständigkeit

Die Mitglieder des Landesseniorenvorstandes werden vorgestellt. Welche Funktion hat wer im Vorstand? Für welche Bezirksgruppe ist

welcher Kollege zuständig? Wie kann ich ihn erreichen?

Termine

Vorstandssitzungen des LSV, Veranstaltungen für Senioren vom Landesbezirk, den Bezirksgruppen und auf Kreisgruppenebene findet man auch auf dieser Seite.

Berichte/Artikel

Hier werden Berichte und Artikel, vor allem aus den verschiedenen POLIZEI-REPORTS, die für Senioren interessant sein könnten, veröffentlicht.

Aktuelles

An dieser Stelle wollen wir zukünftig Neuerungen, Gesetzesänderungen, Urteile usw., aufnehmen.

Geselliges

Ausflüge, Tagesveranstaltungen usw., vor allem aus den verschiedenen POLIZEI-REPORTS, finden auf dieser Seite ihren Platz.

Ich hoffe, dass der Weg, wie man zu den Informationen gelangt, auch für nicht mehr ganz so junge, verständlich beschrieben wurde. Klickt doch ein-

fach mal rein. Gerne stehe ich auch für Rückfragen zur Verfügung. Der Landesseniorenvorstand nimmt auch gerne Anregungen entgegen. Artikel zur Veröffentlichung im Internet werden nur in digitaler Form entgegen genommen. Veröffentlichungen werden nur von Mitgliedern des Landesseniorenvorstandes veranlasst. Dabei entscheiden diese auch, ob ein Artikel ins Internet übernommen wird. Kürzungen und Ergänzungen behalten wir uns vor.

Ein herzlicher Dank gilt Ruth Brunner von der Geschäftsstelle in Wiesbaden. Sie hat die Homepage der Senioren gestaltet und die Artikel übertragen.

Harald Dobrindt



NORBERT L. KNICK

Steuerberater - Rechtsbeistand - vereidigter Buchprüfer

Fischerstraße 3 · 65187 Wiesbaden
 Telefon 0611/174538-0
 Telefax 0611/174538-15
 E-Mail: n.knick@stb-knick.de
 Internet: www.stb-knick.de

Ihr Berater

- als Steuerberater Beratung insb. Steuerstrafrecht
 Erbschaftssteuerrecht
 Gestaltung der optimalen Unternehmensformen
- als Rechtsbeistand Erbrecht (Testamentsvollstreckung)
 Unternehmensnachfolge
 Forderungsinkasso
- als vereidigter Buchprüfer Gesetzliche und freiwillige Prüfungen
 Prüfungen gemäß § 34 c Gewerbeordnung
 (Makler und Bauträger MaBV)

Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung

Ein Unfall, eine Krankheit oder altersbedingte Krankheit können dazu führen, dass man seine Angelegenheiten nicht mehr selbstverantwortlich regeln kann.

Mit einer Vorsorgevollmacht ermöglichen sie es aber ihren Angehörigen oder anderen Vertrauenspersonen, dann wichtige Entscheidungen für sie zu treffen.

Viele Menschen denken immer noch, dass Ehepartner oder Kinder automatisch für sie entscheiden dürfen, wenn sie das selbst nicht mehr können.

Doch Angehörige haben in einer solchen Situation nur dann eine allumfassende Vertretungsvollmacht, wenn ihnen ausdrücklich eine Vollmacht erteilt wurde. Ist dies nicht der Fall, wird unter Umständen die Bestellung eines gesetzlichen Betreuers durch das Betreuungsgericht notwendig. Dabei werden zwar die nächsten Verwandten berücksichtigt. Doch wenn die Angehörigen oder andere Vertrauenspersonen eine Vollmacht haben, entfällt der Umweg über das Gericht. Auch wenn es eine Patientenverfügung gibt, kann es sinnvoll sein, diese im Ernstfall durch einen Bevollmächtigten durchsetzen zu lassen.

Welche Lebensbereiche betrifft die Vorsorgevollmacht?

Die Vollmacht kann sich auf alle Lebensbereiche beziehen, von der Vermögensverwaltung bis hin zur Auswahl eines geeigneten Pflegeheimes. Eine Vollmacht kann als Generalvollmacht erteilt werden. Es ist ebenfalls möglich, nur für spezielle Bereiche (z.B. medizinische Angelegenheiten) eine Vollmacht zu erteilen. Dann allerdings kann für andere Bereiche zusätzlich die Bestellung eines Betreuers notwendig werden.

Genügt eine Generalvollmacht zur Vorsorge?

Wenn sie für die folgenden Fälle eine Vollmacht erteilen wollen, müssen sie diese auch bei einer Generalvollmacht ausdrücklich benennen.

Entscheidungen über ärztliche Untersuchungen, Heilbehandlungen oder medizinische Eingriffe, wenn hierbei Lebensgefahr besteht (etwa bei einer Herzoperation) oder ein schwerer langfristiger Gesundheitsschaden (z.B. Amputation) zu erwarten ist.

Falls der Arzt und der Bevollmächtigte nicht einvernehmlich den mutmaßlichen Patientenwillen feststellen können, entscheidet hier trotz Vollmacht das Betreuungsgericht. Eine Patientenverfügung kann hilfreich sein, in diesem Fall Klarheit über den Patientenwillen zu halten.

Entscheidung über geschlossene Unterbringung oder andere Freiheitsbeschränkende Maßnahmen. Auch entscheidet trotz Vollmacht immer das Betreuungsgericht mit.

Entscheidung über eine Organspende.

Was geschieht, wenn ich meine Angelegenheiten nicht mehr alleine regeln kann und keine Vorsorgevollmacht ausgestellt habe?

Ist dies der Fall, kann die Bestellung eines Betreuers notwendig werden. Auch für diesen Fall kann vorgesorgt werden. Wenn in einer so genannten Betreuungsverfügung ihre Wünsche für eine Betreuung dargelegt und sie ggf. einen Betreuer ihrer Wahl vorgeschlagen haben, setzt das Gericht unter Berücksichtigung ihrer Verfügung einen Betreuer ein und kontrolliert, ob die Betreuung soweit wie möglich ihren Wünschen entspricht.

Für wen ist die Betreuungsverfügung besser geeignet als die Vollmacht?

Die Betreuungsverfügung kommt vor allem für jene in Betracht:

- 1 die niemanden eine Vollmacht anvertrauen wollen, sondern eine Kontrolle durch das Betreuungsgericht wünschen.
- 1 die keine nahe stehende Person mehr haben, aber in einer Verfügung ihre Wünsche bezüglich ihrer Betreuung - auch durch einen

möglicherweise fremden Betreuer - deutlich machen wollen.

Weitere Informationen über Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung und Patientenverfügung findet man auch über die in jeder Stadt vorhandenen Beratungsstellen sowie unter anderem auch auf www.MeinASB.de !

K.D.

Pflegelotse hilft bei Suche nach Heimplatz

Die Zahl der Pflegeheime ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen.

Die Einrichtungen werben mit modernem Wohnambiente, individuellen Betreuungskonzepten und zuvorkommenden Pflegepersonal.

Da fällt es schwer, aus dem vielfältigen Angebot eine geeignete Einrichtung im Pflegefall auszuwählen. Wichtig ist, sich nicht von Hochglanz-Prospekten blenden zu lassen, vielmehr sollen in erster Linie eine intensive Betreuung und eine qualifizierte medizinische Versorgung ausschlaggebend für die Wahl eines Pflegeheimes sein.

Der neue Pflegelotse der Krankenkassen bietet deshalb mehr Transparenz in der Pflege. Pflegeeinrichtungen in ganz Deutschland wurden vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen hinsichtlich ihrer Qualitätskriterien geprüft und benotet.

Die Ergebnisse sind für jeden u.a. im Internet einsehbar. Die Pflegenote ist eine wichtige Orientierungshilfe, zusätzlich sollten aber auch die in Frage kommenden Einrichtungen besichtigt werden.

Am besten sucht man die Heime zu verschiedenen Tageszeiten auf, um den Alltag mitzuerleben.

Weitere Informationen hierzu findet man auch im Internet unter www.pflegelotse.de.

K.D.

Die Angst vor dem Pflegefall

Das Vertrauen der Bundesbürger in die gesetzliche Pflegeversicherung schwindet zunehmend. Laut einer aktuellen Umfrage befürchten Dreiviertel der Bevölkerung im Pflegefall finanziell nicht ausreichend abgesichert zu sein.

Dennoch haben nur etwa 12% eine zusätzliche private Vorsorgemaßnahme abgeschlossen.

Das Institut für Demoskopie in Alvensbach hat, wie ich der Presse entnehmen konnte, eine Umfrage unter 1.800 Personen zum Thema Pflegeversicherung durchgeführt.

Dabei wurde die Sorge im Falle der Pflegebedürftigkeit im Alter überaus deutlich.

Bereits knapp die Hälfte der unter 30-jährigen machen sich Sorgen, im Alter ein Pflegefall zu werden. Bei den über 60-jährigen liegt der Wert gar bei 80%. Zwei von drei Befragten dieser Altersgruppe sind besorgt, zu einer Belastung für andere zu werden.

Verbreitet ist zugleich der Wunsch, das eigenständige Leben im Pflegefall soweit wie möglich fortzusetzen.

Doch dazu bedarf es finanzieller Mittel, die die gesetzliche Pflegever-

sicherung allein wohl nicht decken kann. Da sehen auch knapp Dreiviertel der Befragten, die davon ausgehen, dass die gesetzliche Pflegeversicherung zur Finanzierung einer eigenen Pflegesituation nicht ausreichen würde.

Obwohl sich also ein Großteil der Bundesdeutschen darüber im Klaren ist, dass die Pflegepflichtversicherung letztlich nur eine „Teilkaske“ für den Pflegefall ist, besitzen nach dem Ergebnis der Studie aktuell nur rund 12% der Bundesbürger eine private Pflegezusatzversicherung.

Über 60% der Menschen bei uns haben Sorge, im Alter zum Pflegefall zu werden. Dabei fürchten sie nicht nur die gesundheitlichen Gebrechen, sondern vor allem die finanziellen Belastungen, die dadurch entstehen können.

Schon seit vielen Jahren ist die Tendenz unübersehbar: Die Deutschen werden immer weniger und diese Wenigen werden immer älter, wodurch für sie das Risiko der Pflegebedürftigkeit steigt. Die Anzahl derjenigen, die in die Sozialkassen einzahlen, verringert sich ebenfalls.

Die Sozialversicherung und damit auch die gesetzliche Pflegeversi-

cherung werden bald an ihre Grenzen stoßen. Ein Rundumschutz im Pflegefall kann vom Gesetzgeber nicht mehr erwartet werden.

Die finanziellen Folgen des Pflegefalls können das eigene Vermögen schnell aufzehren.

Ein Beispiel hierfür:

Ein Platz in einem Pflegeheim kostet bis zu 3.500,— oder sogar mehr im Monat.

Die gesetzliche Pflegeversicherung leistet für die Pflegestufe drei bis zu 1.470,— im Monat. Die Differenz muss der Pflegebedürftige aus eigener Tasche bezahlen. Sollte er dazu nicht in der Lage sein, können auch die Kinder zur Finanzierung der Pflegekosten herangezogen werden.

Tragfähige Lösungsmöglichkeiten für diese Themen werden von vielen Versicherungsunternehmen über private Pflegeversicherungsprodukte angeboten.

Es obliegt jedem Einzelnen, sich zu informieren und die private Vorsorge für eine unbeschwertere Zukunft selbst in die Hand zu nehmen und vorzusorgen.

K.D.

Lange Warteschleifen bei der Hotline der Beihilfestelle

Informationen aus Hünfeld und Kassel

Aufgrund einiger Nachfragen und Beschwerden wurde mit der Dezernatsleitung der Beihilfestelle in Kassel Kontakt aufgenommen.

Demnach kann durchaus passieren, dass man in der Warteschleife hängt und nach der Sprechzeit um 16:30 Uhr aus der Leitung geworfen wird. Das erfolgt leider automatisch, so dass die Bediensteten der Beihilfestelle keinen Einfluss nehmen können. Die Problematik mit der automatischen Ansage (Warteschleife) ist bekannt und kann nur mit einer neuen Telefonanlage behoben werden. Notwendige finanzielle Mittel sind hierfür allerdings nicht vorgesehen.

Die Außenstelle Hünfeld bearbeitet alle Eingänge und übernimmt die überwiegende Sachbearbeitung.

Die Telefon-Hotline ist von Montag bis Donnerstag in der Zeit von 08:00 – 16:30 Uhr durchgehend erreichbar und wird ausschließlich vom Standort Kassel bedient. In Kassel erfolgen zusätzlich die Sachbearbeitung und die Endprüfung.

Statistisch gehen an einem Montag ca. 3000 – 4000 Anrufversuche dort ein!

Insgesamt besteht die Telefon-Hotline aus 15 Leitungen.

Durch das HMdluS wurde der Beihilfestelle die Vorgabe gemacht, Anträge innerhalb von 10 Arbeitstagen zu bearbeiten.

Diese Vorgabe kann derzeit zu über 80 Prozent gewährleistet werden. Die anderen 20 Prozent sind arbeitsintensivere Vorgänge oder aber auch stellenweise durch Personalmangel zu begründen. Ziel der Vorgabe ist, dass die Antragsteller schnellstmöglich die Beihilfeleistung überwiesen bekommen.

Insgesamt arbeiten ca. 185 Kolleginnen und Kollegen für die Beihilfestelle Hessen. Sie sind für alle Bediensteten des Landes (Kultur-,

Justiz- und Innenministerium, Forst u. s. w.) ohne Landtag und Rechnungshof zuständig. Sie haben ca. 160.000 Antragsteller plus 210.000 Angehörige und somit insgesamt 370.000 Antragsteller mit ca. 500.000 Anträgen / Vorgängen pro Jahr.

Beschwerden per E-Mail an die Beihilfestelle helfen nicht weiter, weil

es nur die Personen erreicht, die nicht für diesen Missstand verantwortlich sind.

Es besteht die Möglichkeit per E-Mail einen Rückrufwunsch zu versenden. Ein Sachbearbeiter ruft binnen weniger Tage verbindlich zurück.

Ferner kann man die Frage per Mail stellen, die dann auch per Mail beantwortet wird.

AP-GdP



Mitgliederhauptversammlung der Kreisgruppe HLKA

Am 03.12.2010 um 10:00 Uhr fand im Raum B 8 des HLKA unsere Mitgliederversammlung für das Jahr 2010 statt.

Horst Maas begrüßte als Vorsitzender die Mitglieder der Kreisgruppe und als Gast unseren Landesvorsitzenden Jörg Bruchmüller.

Erster Tagesordnungspunkt war die Ehrung langjähriger Mitglieder.

Aus unserer Kreisgruppe konnten wir im Jahr 2010 wieder Kolleginnen und Kollegen für ihre langjährige Mitgliedschaft ehren.

60jähriges GdP-Jubiläum:

Ingeborg Bonkowske

50jähriges GdP-Jubiläum:

Rüdiger Simoneit

40jähriges GdP-Jubiläum:

Erich Ollesch, Hans Beerens

25jähriges GdP-Jubiläum:

Michael Elsemüller, Wilfried Haas, Ralf Humpf, Michael Kammerer, Silke Kindlmann, Marina Kranz-Singer, Werner Kruse, Horst Krzepak, Jens Lemke, Frank Lewandowski

Die Ehrungen, verbunden mit einem Weinpräsent und einem kleinen Geschenk, wurden von Jörg Bruchmüller und Horst Maas vorgenommen.

Allen Jubilaren sei an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt für ihre langjährige Treue zur GdP. Im Anschluss an die Ehrungen berichtete Jörg Bruchmüller über verschiedene Themen aus Sicht des Landesbezirks Hessen. Sehr interessiert waren die Kolleginnen und Kollegen am Thema Dienstrechtsreform. Hier unterrichtete uns Jörg Bruchmüller über verschiedene Details sowie noch über ausstehende Entscheidungen der Vertragspartner.

Horst Maas bedankte sich bei Jörg Bruchmüller für die klärenden und informativen Worte.

Heinz Schiskowsky, unser Experte für den Tarifbereich und unser Kreisgruppenkassierer konnte seinen Bericht nicht selbst abgeben, da er an der zweitägigen Sitzung der Großen Tarifkommission in Berlin teilnahm. Selbstverständlich hatte er etwas vorbereitet und um Verlesung des Textes gebeten.

Horst Maas übernahm diesen Part und informierte auf diese Art über die Sitzung der GdP-Tarifkommission Hessen, die am 02.11.2010 in der HPA stattfand. Auf dieser Sitzung hatten die Kommissionsmitglieder einstimmig beschlossen, die Entgelttabellen mit Ablauf des 31.12.2010 zu kündigen. Diese Kündigung wurde inzwischen selbstredend Staatsminister Rhein zugeleitet.

Damit ist nun der Weg für neue Einkommensverhandlungen mit unserem Arbeitgeber für das Jahr 2011 frei. Entsprechende Termine wurden zwischenzeitlich ebenfalls vereinbart.

Konkrete Forderungen wurden von Seiten der hessischen Tarifkom-



v.l.n.r. Ralf Humpf, Horst Maas, Hans Beerens, Erich Ollesch, Michael Kammerer, Jörg Bruchmüller

mission noch nicht aufgestellt. Sobald diese vorliegen wird Heinz Schiskowsky darüber informieren.

Im Anschluss erfolgte der Bericht des Kreisgruppenvorsitzenden. Wieder einmal konnte Horst Maas einen positiven Bericht über die Mitgliederentwicklung in unserer Kreisgruppe abliefern. Im Monat Sep-

tember betrug die Mitgliederzahl über 416 Kolleginnen und Kollegen.

Das bedeutet, wir konnten nicht nur die 400er-Grenze halten sondern leicht ausbauen.

Horst Maas bedankte sich bei den Mitgliedern des Kreisgruppenvorstandes für die überaus kon-

struktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit im vergangenen Jahr und hob die Verlässlichkeit der einzelnen Mitglieder des Vorstandes in der Teamarbeit hervor.

Horst Maas schloss die Mitgliederversammlung und wünschte allen Teilnehmern einen guten Nachhauseweg.
H.M.

Ehrung für verdiente Mitglieder

Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Polizeiakademie Hessen

Die diesjährige Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe HPA fand am 19.01.2011 wie gewohnt in der Kantine der HPA statt.

Nach der Begrüßung berichtete der Kreisgruppenvorsitzende Jörg Ehlig über die Ereignisse und Aktionen des vergangenen Jahres.

2010 war ein Jahr der Kongresse und Wahlen. Die Kreisgruppe war sowohl beim Landesdelegiertentag in Weilburg, als auch beim Bundeskongress vertreten. Darüber hinaus widmete man sich 2010 vor allem der Nachwuchswerbung bei den Neueinstellungen.

Ein geselliger Höhepunkt war die Fahrt nach München Anfang September, über die schon im Polizeireport berichtet wurde.

Nach den Aussprachen zu den Berichten erfolgte die Ehrung langjähriger Mitglieder:



25 Jahre

Sandra Bletz-Elsemüller
Erwin Loos

40 Jahre

Arno Kapp
Wilhelm Löhr
Gerd Rothhaar
Peter Ruttke
Guy Terzano

50 Jahre

Maria Kramer
Erno Pollach

Die Ehrungen nahm der Kreisgruppenvorsitzende Jörg Ehlig gemeinsam mit Peter Wittig, Mitglied im GLBV, vor.

Im Anschluss berichtete aus dem Landesvorstand Peter Wittig über aktuelle gewerkschaftspolitische Themen.

In den nächsten Wochen beginnen die Tarifverhandlungen. Dann ist die GdP gefordert, die Fülle der geplanten Änderungen im Dienstrecht kritisch zu begleiten. Dabei kamen viele Fragen auf, die von ihm ausführlich beantwortet wurden.

Bei einem gemütlichen Beisammensein ließen die Mitglieder der Kreisgruppe HPA in der Kantine den Tag ausklingen.

Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe PTLV

Am 20. Januar 2011 fand die diesjährige Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe PTLV im Casino der Hessischen Polizeiakademie in der Schönbergstraße statt.

Rund 30 Mitglieder folgten der Einladung zur Jahresmitgliederversammlung, die mit einem „Sekt-empfang“ eröffnet wurde.

Als Gast begrüßte der Kreisgruppenvorsitzende der Kreisgruppe PTLV, Bernd Petri, den Bezirksgruppenvorsitzenden der Bezirksgruppe PZBH, Ralf Humpf. Dieser referierte über die unterjährigen Ereignisse



Teilnehmer der Mitgliederversammlung



Die Mitgliederehrung
v.l. Bernd Petri (Vorsitzender der KG PTLV), Hans-Jörg Strecker, Willi Lentge, Ralf Ruthard und Ralf Humpf (Vorsitzender der Bezirksgruppe PZBH)

des zurückliegenden Jahres, wie z.B. Entlassung des Landespolizeipräsidenten, die Deutschen Polizeimeisterschaften im Schwimmen und Retten und über aktuelle Informationen wie beispielsweise geplante Stellenhebungen, Neuerungen im Versetzungserlass und die anstehenden Personalratswahlen im kommenden Jahr 2012.

Lob und Anerkennung galt den zahlreichen Kolleginnen und Kollegen des PTLV für eine gelungene Organisation und Durchführung der Deutschen Polizeimeisterschaften im Schwimmen und Retten.

Kreisgruppenvorsitzender Bernd Petri berichtete über die Aktivitäten der Kreisgruppe PTLV bzw. deren Teilnahme an folgenden Terminen:

- | 17. -19. März - Landesdelegiertentag 2010 des Landesbezirks Hessen der GdP in Weilburg
- | Demo gegen die Lebensarbeitszeiterhöhung der Beamten am 07.09.2010 vor der Staatskanzlei
- | 30. September 2010 fand das 1. Seniorentreffen der Kreisgruppe PTLV statt

- | 2010 erhielten GdP-Mitglieder eine kleine Finanzspritze bei Teilnahme am Betriebsausflug
- | Die Deutschen Polizeimeisterschaften im Schwimmen und Retten wurden mit Pokalen unterstützt, die von Kollegen Humpf und Petri im Rahmen der Siegerehrung überreicht wurden
- | Beteiligung der Kreisgruppe mit kleinen Spenden für die Tombola bzw. Preisrätsel anlässlich der Weihnachtsfeier des PTLV

Nach einem informationsreichen Meinungsaustausch wurden Mitglieder für ihre besonderen Verdienste geehrt.

25-Jahre Mitgliedschaft der GdP aber auch 40-Jahre Mitgliedschaft gaben dazu Anlass. Die Kollegen Ralf Humpf und Bernd Petri gratulierten den Jubilaren und bedankten sich für die jahrelange Treue.

Für 40-jährige Mitgliedschaft in der GdP wurden die Kollegen Reinhard Leimbach und Willi Lentge geehrt, für 25-jährige Mitgliedschaft Kollegin Antje Bender und Kollegen Werner Sonnabend, Hans-Jörg Strecker und Ralf Ruthard.

Bernd Petri, Vorsitzender KG PTLV

Ehrung der Jubilare beim Seniorentreffen der KG Mühlheim am Main (III. BPA)

Der Kreisgruppenvorsitzende Stefan Ritter begrüßte beim Seniorentreffen am 11. November 2010 neben den zahlreichen vertretenen Rentnern und Pensionären den Abteilungsleiter Lothar Balder und den Personalratsvorsitzenden Roland Kramer. Nach der Begrüßung fand zu Ehren der Verstorbenen eine Schweigeminute statt. Dann beschrieb er rückblickend das Einsatzjahr 2010, als besonderen Höhepunkt den gerade bewältigten Castor-Einsatz in Gorleben, bei dem über 20.000 Polizeibesetzte aus allen Ländern und dem Bund eingesetzt waren. In dem Zusammenhang wies er auf die jährlich ansteigende Zahl länderübergreifender Einsätze hin. Die Schwer-



Seniorenrunde

punkte der Einsätze waren Sportveranstaltungen bei Fußballspielen bis zur 3. Liga, Demonstrationen von Links- und Rechtsextremisten, (bundesweite) 1. Mai - Einsatzlagen, die regelmäßig freitags bis sonntags andauerten. Zusätzlich mussten zahlreiche Dienste zur Unterstützung des Einzeldienstes ge-

leistet werden, mit der besonderen Brisanz angedrohter Terroranschläge.

Der BZG-Vorsitzende Detlef Otto informierte in seinem gewerkschaftspolitischen Bericht über Initiativen und Aktionen des GdP-Landesbezirks und des Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei. Der durch Innenminister Rhein gerade durchgeführte Personalwechsel, LPP Nedela war in den Ruhestand geschickt und Udo Münch als neuer LPP berufen worden, war Gegenstand zahlreicher Diskussionen. Dagegen nahm man die Informationen zur erfolgten Neustrukturierung der Bereitschaftspolizei gelassen hin. Diskus-

sionen kamen anhand der Inhalte des GdP-Positionspapiers „Operative Bereitschaftspolizei“ auf, weil man „damals“ bundeseinheitliche Organisationsstrukturen hatte und heute jedes Land durch den Föderalismus die Bereitschaftspolizeien mit eigenen Länderstrukturen und reduziertem Personal verändert. Der stellvertretende Vorsitzende der Landesseniorengruppe, Gerhard Lehmann, informierte über die vergangene Seniorenveranstaltung in Tann (Rhön) und gab Informationen zu geplanten Veranstaltungen in 2011.

Der Personalratsvorsitzende berichtete ausführlich über die teilweise menschenunwürdigen Umstände während des Einsatzes unserer jungen Kolleginnen und Kollegen beim Castor-Transport nach Gorleben. Mängel waren unter anderem:



Ehrung G. Gibhart

- | die Unterbringung ohne Intimsphäre in 4 bis 8-Bettzimmern ohne Mobiliar zum Ablegen der Kleidung und Ausrüstung,
- | Dusch- und WC-Container im Hof;
- | mangelhafte Sanitäreinrichtungen entlang den Einsatzräumen an den Bahntrassen,
- | überlange Einsatzzeiten, verspätete Ablösungen und einge-

schränkte Versorgung mit Verpflegung vor Ort, weil zahlreiche Blockaden mit Traktoren den Zugang vor Ort behinderten.

Im Anschluss ehrten KG-Vorsitzender und BZG-Vorsitzender dann die Jubilare des Jahres 2010 mit einem Wein-Präsent und dem obligatorischen „Polizeiteddy“.

Für 40-jährige Mitgliedschaft wurde Werner Schön, für 25-jährige Mitgliedschaft Mischa Lirsch und Stefan Schmid gedankt. Ein besonderes Dankeschön zum bevorstehenden Ruhestand ging an den Einheitsführer der EE 32, Günther Gibhart. Traditionell wurde das Treffen mit kulinarischen Leckereien vom Büfett in geselliger Runde fortgesetzt. Das Seniorentreffen und die Ehrung der Jubilare des Jahres 2011 werden am 10. November stattfinden. (Otto)

Herzlichen Dank für 40 Dienstjahre!

Günter Gibhart und Rainer Klee verabschiedet.

Günter Gibhart meldet sich ab

Mit Ablauf des Monats November 2010 ging EPHK Günter Gibhart, Einheitsführer der EE 32 bei der III. BPA in den wohlverdienten Ruhestand. Drei Tage zuvor feierte er im Kreise seiner Familie und Bekannten und Freunden seinen 60. Geburtstag.



Verabschiedung Gibhart

Zudem waren erst 3 Monate vergangen, wo er infolge seines 40-jährigen Dienstjubiläums und seiner zu erwartenden Ruhestandsversetzung bei einer persönlichen Feier im gemütlicher Runde an der „TZ-Hütte“ in der III. BPA allen eingeladenen Kolleginnen und Kollegen, sowie langjährigen Weg-Gefährten

„DANKE“ sagte für viele gemeinsame dienstliche Jahre. Statt Geschenken bat er um Spenden und bedankte sich herzlich bei allen Gebern. Zugunsten des „Vereins für Krebskranke Kinder Frankfurt e.V.“ konnte er später der Geschäftsführerin Frau Hehlert 600 überreichen.

Der am 25.11.1950 in Kassel geborene Günter Gibhart trat als gelernter Koch am 2. Januar 1970 in die Polizei ein und absolvierte seinen Grundlehrgang (PAL 68 a) an der Hessischen Polizeischule, das Weiterbildungsjahr in der I. BPA. 2 Jahre später machte er an der HPS den Hauptwachtmeisteranwärterlehrgang. Im Frühjahr 1973 wurde er zur III. BPA in Mühlheim. In diesem Jahr trat er auch in die GdP ein und war vor Ort viele Jahre Ansprechpartner als Vertrauensmann. In der GdP-Bezirksgruppe ist er seit einigen Jahren Beisitzer Einsatz.

Seine Einzeldiensterefahrungen sammelte er beim PP Frankfurt und bei der PSt. Heusenstamm des PP Offenbach.

Am 11. Mai 79 war er beim 45. PK-Lehrgang erfolgreich und war nach einem Seminar für Zugführer zgl. Fachlehrer. In den Folgejahren versah er Dienst ehemaligen 11. Hu, 9. Hu. und 12. Stabs-Hundertschaft als Zugführer. In der 12. Hu. arbeitete er auch erfolgreich an der Entwicklung der BFE in der III. BPA.

Auch mit den Kolleginnen und Kollegen der Technischen Einheit (TEE 39) fühlt er sich bis in seinen Ruhestand freundschaftlich verbunden. Nach der Polizeireform 2001 war er dann Einheitsführer der EE 32, war dann auch Fachlehrer für Einsatzlehre an der VFH.

Seine damalige Erfahrung als Ehrenamtlicher Richter an der Disziplinarkammer des VG Darmstadt von 1992 -1995, setzte er von 2004 bis 2008 am VG Wiesbaden weiter um. Am 15.4.2003 wurde er zum EPHK befördert, was ihn dann auch berechtigte, in den Einsätzen eine Hundertschaft bei Großlagen und länderübergreifenden Einsätzen zu führen. Erinnert sei hier an den gewalttätigen Einsätzen in Rostock infolge des G 8-Gipfels in Mecklen-

burg-Vorpommern. Zu seinen Lieblingseinsätzen zählte immer wieder gerne die Sicherheitskonferenz in München. In der „Weltstadt mit Herz“ lernte er auch seine Ehefrau Ingeborg kennen, die aus dem Allgäu stammt. So verwundert es sicher nicht, dass es ihm im „Un-Ruhestand“ immer wieder nach Süd-Deutschland und nach Italien ziehen wird. Wie er uns in seiner Abschiedsrede verriet, sei es ein Wunsch, Italienisch zu lernen und viel zu Wandern. Dazu wünschen wir, die Kolleginnen und Kollegen der III.BPA und der GdP-Kreis- und Bezirksgruppe, Ihm und seiner Frau, Gesundheit, Glück und Zufriedenheit.

EPHK Rainer Klee im Ruhestand

Rainer Klee, zuletzt Leiter Einsatz bei der III.BPA Mühlheim, wurde am 26.09.1950 in Marburg geboren und ging direkt nach der Schule zur hessischen Polizei. Den Polizei-Anwärter-Lehrgang (PAL 70) absolvierte er 1971 bei der 11. Hu. der III.BPA; anschließend das Weiterbildungsjahr in der 9.Hu. und den Hauptwachtmeisterlehrgang (HAL 290) an der HPS mit Abschluss am 26.03.73. Von 1973 bis 1977 war er dann Stammbeamter in der 11.Hu. und lernte in dieser Zeit auch beim PP Offenbach den Einzeldienst kennen. Von 1978 bis



Rainer Klee

1996 war er Stammbeamter in der ehemaligen IV. BPA Hanau. Ende 1980 nahm er erfolgreich am 2.Seminar für Zugführer teil und konnte diese Funktion dann in der 13. Hu. und 14.Hu. ausüben.

In den letzten Jahren, vor der Schließung der IV. BPA war er stellvertretender Hundertschaftsführer in der damaligen 16. Stabs-Hundertschaft.

Rainer Klee, der im Juni 1973 in die GdP eingetreten ist, war dann in seiner Hanauer Dienstzeit auch im Kreisgruppenvorstand aktiv.

Mit seinem Hundertschaftsführer, EPHK Drommershausen wurde er zur III. BPA Mühlheim versetzt. Mit der Reform 2001 war er dann Einheitsführer und wechselte 2009 zum Abteilungsstab, wo er die Leitung des Sachbereichs Einsatz (Täglicher Dienst/Geschlossene Einsätze) bis zu seiner Ruhestandsversetzung übernahm.

Im Kreise seiner Kolleginnen und Kollegen verabschiedete sich Rainer Klee, der mit Ablauf des Septembers in den wohlverdienten Ruhestand ging, schon Mitte Juni 2010 bei einem gemütlichen Beisammensein in der Kantine der III.BPA.

Aus einem persönlichen Gedicht „Wo immer einer Abschied nimmt“ abschließend der folgende Vers:

„Der, welcher geht, nimmt stets ein Stück von denen mit, die bleiben, und ebenso lässt er von sich etwas zurück beim Scheiden. Das sieht für jeden anders aus, es lässt sich nicht benennen, doch wenn man mit dem Herzen schaut, dann wird man es erkennen.“

Wir wünschen auch ihm und seiner Ehefrau alles erdenklich Gute für die Zukunft. (D.O)

Theo Leimbach verabschiedet



V.l.: Leimbach, Bartel

Mit Ablauf des Monats November 2010 endete die Dienstzeit von Theo Leimbach.

Nach 46 Berufsjahren geht der Einheitsführer der Einsatzeinheit 41,

langjähriger GdP Kreisgruppenvorsitzende, örtlicher Personalratsvorsitzende in den Ruhestand. Der stellvertretende Kreisgruppenvorsitzende, Uwe Bartel, ehrte Theo Leimbach im Rahmen einer Feier mit Freunden, Familie und lieb gewonnenen Arbeitskollegen am 12.11.2010.

Nach abgeschlossener Berufsausbildung in der Messtechnik, wechselte er 1968 zur Hessischen Polizei. Die ersten Dienstjahre leistete er in Wiesbaden bevor er zur Kasseler Bereitschaftspolizei versetzt wurde. Über die Grenzen hinaus sind seine sportlichen Erfolge bekannt. In den Achtzigern bis 1997 war Theo Personalratsvorsitzender der Kasseler Bereitschaftspolizei und Mitglied des Gesamtpersonal-

rates. Lange Jahre führte er die Kreisgruppe der GdP Bepo Kassel. Er genoss hohe Anerkennung und war bekannt für ein mutiges und offenes Wort.

Nur ungern lassen die Kollegen seiner Einsatzeinheit ihren EPHK Leimbach ziehen.

Auch die GdP in Kassel kann kaum glauben, dass Theo jetzt nicht mehr im Dienst ist.

Theo bleibt weiter aktiv im Sport, im Ortsverein, mit seinen Enkeln und Familie.

Vielleicht, so seine letzte Idee, studiert er ja noch mal Geschichte.

Lieber Theo, alles Gute !

Uwe Bartel, KS